

## Vernehmlassung der AVES Schweiz zum Kernenergiegesetz (KEG)

Obwohl die AVES den Entwurf als taugliche Basis für ein Kernenergiegesetz betrachtet, meldet sie doch einige Bedenken an. Generell fordern wir eine sichere, eigenständige und möglichst CO<sub>2</sub>-freie Stromversorgung, den Verzicht auf ein endgültiges Verbot der Wiederaufbereitung und keine ungebührlichen Erschwernisse bei der Entsorgung.

### Die energiepolitische Handlungsfreiheit in unserem Land muss auch für zukünftige Generationen offen bleiben.

#### Option Kernenergie

Unter energiepolitischer Handlungsfreiheit verstehen wir vor allem, dass die Option Kernenergie offen gehalten werden muss. Die Vorteile der Kernenergie für Wirtschaft und Umwelt sind offensichtlich: Zusammen mit der Wasserkraft versorgt die Kernenergie – mit 40 Prozent Anteil – den Strombedarf unseres Landes konkurrenzfähig und ohne Belastung durch Luftschadstoffe oder Treibhausgase (CO<sub>2</sub>).

#### Befristung des Betriebs bestehender Kernkraftwerke

Eine generelle zeitliche Befristung der Betriebsdauer lehnt die AVES ab. Für den Staat muss die Sicherheit einziges Kriterium sein, um die Betriebsdauer eines Werkes einzuschränken oder dieses gar abzuschalten. Auch nach Ansicht der Aufsichtsbehörden kann man von schweizerischen Kernkraftwerken eine lange Lebensdauer erwarten. Jedermann weiss, dass der Bau eines Kernkraftwerkes zwar teuer, dessen

produzierte saubere Energie jedoch absolut marktfähig ist. Geradezu unsinnig wäre es, sichere, umweltfreundliche KKW's in unserem Land abzuschalten, um Strom aus weniger sicheren Kernkraftwerken im Ausland oder aus fossilen Kraftwerken zu beziehen.

#### Entsorgung der radioaktiven Abfälle

Zu den wichtigsten Punkten eines neuen Kernenergiegesetzes zählen wir die Entsorgung der radioaktiven Abfälle, deren Regelung technisch und politisch praktikabel bleiben muss. Danach muss es auch in Zukunft möglich sein, radioaktive Abfälle in Anlagen des Auslandes zu entsorgen, vorausgesetzt diese genügen internationalen Anforderungen. Die AVES sieht nicht ein, dass gewisse politische Trends die zukünftige Handlungsfreiheit beschränken sollen. Wie bei der Lebensdauer von Kernkraftwerken sollen auch im Falle der Entsorgung verschiedene Optionen offen gehalten werden. Das Konzept des geologischen Tiefenlagers als Vorstufe zu einem Endlager in der Schweiz kann die AVES befürworten.

Fortsetzung Seite 2

«Die neuen Steuern auf Energie schaffen Ungerechtigkeiten. Beim unsozialen Rückerstattungsmodus gehen Rentnerinnen und Rentner leer aus, und tiefe Einkommen werden massiv höher belastet als hohe Einkommen. Deshalb 3x Nein zu ungerechten Steuern auf Energie.»

Keine neuen Steuern auf Energie  
**3x Nein**  
 am 24. September

## Wir sind kein energiepolitisches Entwicklungsland!

Die drei bekannten Energiesteuer-Vorlagen vom 24. September sind allesamt neben den Schuhen. Alle haben sie kein Umweltziel, dafür sind sie alle auf Geld aus. Dabei hat sich besonders eine ganz unheilige Allianz den Deckmantel «Umweltschutz» umgehängt. Der vermeintliche Honigtopf Energie ist ihnen recht für eine neue Steuerschraube, die bald einmal munter weitergedreht werden könnte. Dazu muss wieder einmal klar gesagt werden, dass unser Land im Vergleich schon zu unseren Nachbarländern in Sachen Umweltschutz – ohne eine solche Knebelung – absolut beispielhaft ist. Das gilt auch für die Erforschung und Förderung von Alternativenergien. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz, seit diesem Jahr in Kraft, ist das geeignetste Instrument zur Verringerung der Umweltbelastung, weil es eine emissionsorientierte, aufkommensneutrale Lenkungsabgabe zum Inhalt hat.

Es ist also falsch, ja unfair, mit den zum Teil schlechten Umständen im Ausland in unserem Land Angst zu verbreiten, falsche Hoffnungen zu schüren und Versprechungen zu machen, die nie eingehalten werden können. Neue Energiesteuern schaffen zum Beispiel keine neuen Arbeitsplätze. Und gerade ländliche und touristische Regionen, die überdurchschnittliche Energieausgaben (für Benzin, Heizöl und Strom) haben, sind besonders gefährdet. Happig belastet durch die geplanten Abgaben werden schliesslich wir alle: Die offizielle Info-Schrift «energie extra 2000» des Bundesamtes für Energie sagt klar, dass die zusätzlichen Ausgaben eines Haushaltes für Energie durch die Umweltabgabe durchschnittlich 625 Franken betragen werden.

Doch da sind ja noch die Rückzahlungen. Rückerstattet wird bekanntlich an die Wirtschaft und die Privaten auf der Basis des Lohnes. Schon bei der Wirtschaft entstehen Ungerechtigkeiten: Dienstleistungsfirmen mit (logisch) niedrigem Energieverbrauch profitieren, energieintensive gewerblich-industrielle Tätigkeit dagegen wird bestraft. Und Haushalte mit kleinerem Erwerbseinkommen würden netto stärker belastet, solche mit höherem Einkommen – und meist höherem Energieverbrauch – jedoch entlastet. Eine unsinnige, ungerechte Umverteilungsübung!

Ebenso unnötig ist die einseitige Unterstützung der Wasserkraft. Sie erhält zwar bereits grosszügig Entschädigung für den «Rohstoff Wasser» in Form von Wasserzinsen in der Höhe von immerhin 400 Millionen Franken. – Natürlich genießt unser einheimischer Energielieferant unser Wohlwollen und massvolle Unterstützung. Doch auch hier soll der Preis vom Markt und nicht behördlich festgesetzt werden. Und es sind die gleichen Kreise, welche jetzt nach Hilfe für die Wasserkraft rufen, die immer wieder deren Ausbau und Optimierung verhindert haben. Und selbst aus der Verhinderung wird noch «Stutz» gemacht; der Verzicht auf das Greinawerk zum Beispiel bringt den Begünstigten jährlich immerhin 1,3 Millionen Franken ein.

All das kümmert Manipulator Cadonau nicht. Auf der Internetseite seiner Solar-Freunde verkündet er verwegen, der Begriff Sonnenenergie könne auch Energien wie Biogas, Biomasse, Windenergie oder Wasserkraft umfassen! Erleuchtung bringt da nur ein überzeugtes 3faches Nein. Bruno Fäh

**Stilllegungs- und Entsorgungskosten**  
Die Sicherstellung von Stilllegungs- und Entsorgungskosten durch solidarhaftungsähnliche, beschränkte oder unbeschränkte Nachschusspflicht der andern Kernkraftwerksbetreiber lehnt die AVES ab. Erstens bedeutet dies eine klare Ungleichbehandlung gegenüber anderen Wirtschaftszweigen und zweitens ermöglicht der Betrieb über 40 bis 50 Jahre (und allenfalls länger) die Mittelbeschaffung für die notwendigen Stilllegungs- und Entsorgungskosten.

**Verbot der Wiederaufbereitung**  
Das endgültige Verbot der Wiederaufbereitung ist für die AVES ein Fehler. Ein lediglich einmaliger Einsatz der Brennelemente in den KKW's nutzt nur einen kleinen Teil der grossen Energiemenge im Kernbrennstoff. Seine Wiederaufbereitung (unter strenger behördlicher Kontrolle) sollte deshalb auch in Zukunft möglich sein.

Klar ist auch, dass der Transport der abgebrannten Brennelemente ins Ausland durch ein Verbot der Wiederaufbereitung nicht entfallen würde. Die Wiederaufbereitung muss aus Sicht der AVES im Gesetz offen gehalten werden.

**Rahmenbewilligung**  
Das fakultative Referendum bei Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke kann die AVES befürworten. Nicht zuletzt deshalb, weil damit endlose Moratoriums-Diskussionen und -Abstimmungen vom Tische sind. Doch die AVES wehrt sich, wenn

ein solches Referendum auch auf End- oder Zwischenlager ausgedehnt werden sollte. Die Nutzung der Kernenergie beinhaltet ja notwendigerweise auch eine klar geregelte Entsorgung.

Die AVES verurteilt darum ganz besonders die Verhinderung der Entsorgung, um damit auf Umwegen die Kernenergie zu verhindern. Dass gerade in diesem Bereich der Entwurf zum KEG Wege aufzeigt, die eine saubere Endlagerung ermöglichen, erfüllt die AVES mit Zuversicht.

**Enteignungsrecht**  
Enteignungen sind auch für die AVES Mittel, die nur in Ausnahmefällen anzuwenden sind. Wenn es jedoch um öffentliche Interessen geht (wie eben um Vorhaben zur Entsorgung), ist das Enteignungsrecht gerechtfertigt.

Die AVES erachtet diesen Entwurf als Basis für ein realistisches, zukünftiges Kernenergiegesetz. Doch wir bitten Sie freundlich, auf die grundsätzlichen Punkte im Sinne unserer Vernehmlassung einzugehen:

- Die energiepolitische Handlungsfreiheit muss gewahrt bleiben.
- Die Option Kernenergie muss offen gehalten werden.
- Die Wiederaufbereitung darf nicht mit generellen Verboten belegt werden.
- Neben der Entsorgung radioaktiver Abfälle im Inland müssen auch Lösungen im Ausland möglich bleiben.

**Konrad Studerus\* zu den Energievorlagen:**

## «Es ist ungerecht, wenn der Bäcker den Bankdirektor unterstützen muss»

**Konrad Studerus, gibt es eine «vernünftige» Energiepolitik, die nicht auf erneuerbare Energien setzt?**

Nein! Aber eine vernünftige Energiepolitik setzt nicht einseitig und unrealistisch auf einzelne Energieträger. Und vor allem setzt sie klare Ziele. Bei den Energievorlagen fehlen klare Zielsetzungen. Denn niemand weiss, wie sie sich auswirken werden.

**Sind Sie gegen die Förderung der Alternativenergien?**

Nein, überhaupt nicht. Im Logo der Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz kommt auch die Sonne, sprich die Solarenergie, vor. Wir sind aber für eine realistische Einschätzung der heutigen Möglichkeiten. Der effektive Nutzen und das tatsächliche Potential der erneuerbaren Energien sind heute ja noch völlig unklar und werden meist stark überschätzt. Wir wollen vor allem keine neue Subventionspolitik mit unkontrollierbaren Wirkungen. Und wir wollen keinen neuen unproduktiven Subventionsdschungel, wie wir ihn teilweise von der Landwirtschaft her kennen.

**Die Subventionen sollen aber für eine gute Sache eingesetzt werden, für die Förderung von erneuerbaren Energien.**

Umverteilte Steuermilliarden führen noch lange nicht zu innovativen, energiesparenden Technologien und schon gar nicht zu anderem Verhalten. Eine vernünftige Energiepolitik versucht nicht, Marktmechanismen mit Subventionen, deren Wirkung völlig ungewiss ist, zu unterlaufen: Denn was sich nicht auf dem

freien Markt durchsetzt, wird in der Regel auch ökologisch keine relevante Wirkung erzielen.

Die Verwendung von viel Steuergeld für erneuerbare Energien wirkt nicht per se ökologisch. Aber mit einer einzigen Milliarde Franken könnten grosse Teile des russischen Erdgasnetzes abgedichtet werden. Das hingegen brächte einen gewaltigen ökologischen Nutzen.

**Müssten die Energieabgaben also nicht noch viel höher sein?**

Um einen Lenkungseffekt zu erzielen: ja. Aber wegen des Rückerstattungsmodus würden primär die güterproduzierenden Industrie- und Gewerbebetriebe massiv geschädigt. Zudem sind Energiesteuern in dieser Form unsozial.

**Weshalb unsozial?**

Energielenkungssteuern treffen Menschen mit niedrigem Einkommen im Verhältnis viel stärker als gut Verdienende. Und weil Personen mit niedrigem Einkommen oft Berufe in energieintensiven Industrie- und Gewerbebranchen ausüben, werden sie von diesen Steuern gleich doppelt bedroht. Kommt hinzu, dass Energieabgaben zu einer falschen Quersubventionierung führen: Die Bewohner der Rand- und Bergregionen, die zwangsläufig mehr Energie verbrauchen, würden mit ihren Energieabgaben die Bewohner der Städte und Agglomerationen subventionieren. Dies kann ja kaum das Ziel einer vernünftigen und sozial ausgewogenen Politik sein.

**Und welche Branchen wären denn besonders betroffen?**

Alle güterproduzierenden Wirtschaftszweige. Ich denke zum Beispiel an die gesamte Industrie, aber auch an die Metzger mit ihren Kühlräumen, an die Bäcker usw. Es ist doch ungerecht, wenn der Bäcker via Energiesteuern und deren Rückerstattung über die AHV-Beiträge den Bankdirektor unterstützen muss!

**Sie vertreten auch die Bierbrauer. Sind Sie in dieser Funktion nicht grundsätzlich gegen ökologische Auflagen, die Ihre Branche tangieren könnten?**

## USA verlängern zum zweiten Mal KKW-Betriebsbewilligung auf 60 Jahre

Die amerikanische Sicherheitsbehörde NRC hat das Gesuch für die Erneuerung der Betriebsbewilligung des Kernkraftwerkes Oconee (drei Druckwasserreaktorblöcke mit je 846 Megawatt) am 23. Mai 2000 gutgeheissen. Damit haben die Behörden bereits für fünf KKW-Blöcke die – in den USA auf 40 Jahre befristete – Betriebsbewilligung auf 60 Jahre erstreckt: Am 23. März dieses Jahres wurde diejenige des Kernkraftwerkes

Calvert Cliffs (zwei Druckwasserreaktorblöcke mit je 825 Megawatt) erneuert. Gesuche für die Erstreckung der Betriebsbewilligung von drei weiteren Kernkraftwerksblöcken sind hängig, und bis 2003 werden gemäss der Branchenorganisation Nuclear Energy Institute die Eigentümer von rund einem Drittel der 103 in Betrieb stehenden amerikanischen Reaktorblöcke bei der Sicherheitsbehörde entsprechende Anträge einreichen.

«Bewohnerinnen und Bewohner von Berggebieten sind überdurchschnittlich auf das Auto angewiesen und haben lange und intensive Heizperioden. Sie sind von neuen Steuern auf Energie besonders betroffen. Deshalb 3x Nein zu einer ungerechten Belastung der Berggebiete.»

Keine neuen Steuern auf Energie  
**3x Nein**  
am 24. September

«Für die Schweizer Wirtschaft spielt Umweltschutz eine entscheidende Rolle. Die Energievorlagen haben mit Umweltschutz jedoch nichts zu tun, sondern erhöhen die Steuerlast und schaffen neue unnötige Subventionen. Sie verfehlen ihr Ziel und müssen abgelehnt werden.»

Keine neuen Steuern auf Energie  
**3X Nein**  
am 24. September

Nein, Energie ist bei der Bierproduktion ein relevanter Kostenfaktor. Wir sparen jetzt schon Energie, wo wir nur können. Die Energievorlagen kosten die

Eine weitere kritische Betrachtung:

## Der Bundesrat zur Kernenergiegesetzgebung

«Ausstieg oder nicht, das ist hier die Frage.» Die Botschaft des Bundesrates zur Atomgesetzgebung lässt viele Interpretationen offen, doch von Ausstieg ist nirgends die Rede. Alles andere ist eine reine Interpretationsfrage und Meinungsmache. Bundesrat Leuenberger spricht in dieser Sache eine deutliche Sprache: «Der Ausstieg aus der Kernenergie würde zum forcierten Einstieg in die Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern führen.» Zugegeben, die Diskussion um neue Produktionsanlagen fällt angesichts der europaweiten Überschüsse auf einen ungünstigen Zeitpunkt, sie ist daher auch nicht sehr aktuell. Die in absehbarer Zeit möglichen Einkäufe aus allen Teilen unseres Kontinentes regen nicht nur den Markt, sondern auch die Fantasie der Verfasser und der Leser von einschlägigen Artikeln an. Die Forderung nach einem hohen und krisenfesten Eigenversorgungsgrad, Kapazitätsengpässe in den Übertragungsnetzen und die Auflagen aus der Klimakonvention setzen dieser Fantasie jedoch ein relativ abruptes Ende. Ohne ausgeglichene Energiebilanz in den Übertragungsnetzen ist der freie Markt nicht zu haben. Die Strommarktöffnung kommt, daran besteht kein Zweifel. Ebenso sicher werden die Stromflüsse in den Übertragungsleitungen ihren gewohnten Weg des geringsten Widerstandes fließen. Die Politik wird mit dem Elektrizitätsmarktgesetz entscheiden, ob aus den schwei-

Brauereibranche zusätzlich zwischen 6 und 10 Millionen Franken jährlich. Schweizer Bier würde damit im Vergleich zum ausländischen Importbier wieder etwas teurer – und hätte deshalb auch einen Wettbewerbsnachteil; letztlich ginge das wiederum zulasten unserer Arbeitsplätze.

Diese Energievorlagen sind weder «öko» noch «logisch» und schon gar nicht sozial und gerecht. Es handelt sich um eine steuerliche Umverteilungsübung, sprich Etikettenschwindel. Deshalb lehnt die AVES sie ab.

\* Konrad Studerus ist Direktor des Bierbrauervereins, Zuger Kantonsrat und Vizepräsident der AVES Schweiz.

zerischen Kraftwerken Gewinn bringende Marktführer werden oder ob sie als defizitäre Energie-Lückenbüsser ihr Dasein fristen sollen. Von Abschaltungen und Stilllegungen wird jedenfalls nicht die Rede sein.

«Ausstieg aus der Wiederaufbereitung; gute Zeiten – auch für strategische Fehler.» Der Bundesrat hat in seiner Botschaft die Pflöcke für die zukünftige Atomgesetzgebung eingeschlagen. Neben einigen positiven und klärenden Punkten will er mit dem Verbot der Wiederaufbereitung einen fragwürdigen Kompromiss vorgeben. Die Wiederaufbereitung soll offensichtlich ein Element sein, das auf dem Altar des Energiefriedens geopfert werden soll. Aus kurzfristiger Optik scheint dieses Opfer vielleicht verkraftbar zu sein. Als rohstoffarmes Land sind wir jedoch längerfristig mit Sicherheit auf alle verfügbaren Energieträger angewiesen. Einspurige Endlösungen sind nicht das richtige Rezept, wenn die Zukunft gestaltet werden soll. In guten Zeiten haben strategische Fehler allerdings Hochsaison. Wir tun daher gut daran, auch die Option Wiederaufbereitung offen zu lassen. Worin liegt sonst der Sinn, wenn einerseits die Langzeit-Rückholbarkeit der Abfälle verlangt wird, und andererseits die Wiederaufbereitung verboten werden soll? Soll daraus ein Ausstieg in Raten werden?

Mario David, Engelburg  
Präsident  
AVES St. Gallen-Appenzell

Michael Kohn\*:

## Energiepolitik auf Abwegen

Betrachtet man das Dreierpaket von **Vorlagen**, über die der Souverän im September wird abstimmen können, kommt man zum Schluss, dass sie **unnützlich, untauglich, ungerecht und unzeitgemäss** sind.

**Unnützlich**, weil sie die angepeilten Ziele nicht erreichen werden.

**Untauglich**, weil sie Wirtschaft und Gesellschaft nicht dienen und die Energiepolitik auf Abwege führen.

**Ungerecht**, weil sie die einen bevorzugen, die anderen leer ausgehen lassen.

**Unzeitgemäss**, weil sie quer zum Trend der Liberalisierung und Deregulierung liegen und die Prioritäten der staatlichen Aufgaben missachten.

Was in der Schweiz Not tut, ist eine vertiefte Diskussion über das Projekt der Grundnorm. Die Neinsager werden sich durch die vorangegangenen kritischen Überlegungen bestärkt fühlen. Die Befürworter werden sich schwer davon abhalten lassen, die parteipolitischen oder geschäftspolitischen Vorteile zu würdigen, die ihnen die Grundnorm bietet. Es ist legitim, im Konkurrenzkampf unter Energieträgern das Eigeninteresse über ordnungspolitische Prinzipien zu stellen. Nur darf man daraus keine Tugend machen. Besondere Beachtung verdient jedoch die grosse Gruppe der Unentschiedenen, die trotz anfänglicher Faszination allmählich auch die Schattenseiten der Grundnorm immer klarer zu erkennen beginnen. Sie werden zu folgender Einsicht kommen: Die im September 2000 zur Abstimmung gelangenden Energievorlagen würden den Steuerzahler mit Milliardenbeträgen belasten. Der Schweizer, die Schweizerinnen sind steuermüde. Die Prioritäten staatlichen Geschehens liegen nicht im Energiebereich. Es gibt noch andere Aufgaben. Bedenkt man, dass zusätzlich zur Flut ökologisch orientierter Steuerprojekte noch solche im Sozial- und Gesundheitsbereich, neue Mehrwertsteuerprozente für die AHV-Revision und schliesslich Bedürfnisse für die Sanierung des Staatshaushaltes anstehen, stellt sich die Frage, ob hier nicht wie-

## Auch die AVES trauert um Andreas Bellwald

Der Präsident der AVES Oberwallis, Andreas Bellwald, dipl. Ing. ETH, ist am vergangenen 16. August in Brig gestorben. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl an seine Familie und Freunde begleitet der herzliche Dank an den Kämpfer für vernünftige Energiepolitik.

der in unzulässiger Weise Energie- mit Sozialpolitik vermischt wird und ob ein forciertes Energiesparen oder die massive Förderung erneuerbarer Energien prioritäre Massnahmen schweizerischer Politik sein müssen. Wenn schon, dann alles zu seiner Zeit und auch nur, wenn es sich die Schweiz leisten kann.

Noch ein Zweites: Nationalrat wie Ständerat bezeichnen ihre Energiesteuerkonzepte als Gegenvorschläge zu den beiden Initiativen. Volksbegehren Gegenvorschläge entgegenzusetzen ist aus einem Harmoniebedürfnis heraus eine bewährte schweizerische Art – oft kann sie aber zur Unart werden. Das Beispiel der Energie/Umwelt-Initiative spricht Bände: Zuerst wird mit einem Langschuss eine weitgehende Forderung aufgestellt. Das Parlament kommt ihr mit einer moderaten, aber noch immer bissigen Grundnorm entgegen. Ist dieser Stand erreicht, wird der Initiativspruch zurückgezogen. Zurück bleibt der solitäre Gegenvorschlag. Dadurch, dass man einer weit gesteckten Forderung jeweils halb entgegenkommt, wird auch die Forderung zur Hälfte erfüllt. Alt Nationalrat Hubacher (SP Basel) meinte einmal, die Sozialdemokratie sei durch die laufende Ablehnung ihrer Begehren und dank den besänftigenden, aber doch substantiellen Gegenvorschlägen erfreulich vorangekommen. Von Niederlage zu Niederlage zum schliesslichen Erfolg: Ein solches Spiel sollte diesmal vermieden werden.

\* Dr. Michael Kohn, Zürich, ist Präsident des Arbeitskreises Kapital und Wirtschaft sowie der Energiekommission der Internationalen Handelskammer (ICC). Sein Artikel ist ein Ausschnitt aus einem gleichnamigen Referat, das in schriftlicher Form vorliegt und bei der Handelskammer beider Basel bezogen werden kann. Tel. 061-270 6060, Fax 061-270 6005.

**Präsident/Président/Presidente**

Dr. Rudolf Steiner, Nationalrat, 4654 Lostorf

**Vizepräsident/Vice-président/Vicepresidente**

Konrad Studerus, Kantonsrat, lic.iur., 6313 Edlibach

**Mitglieder/Membres/Membri**

Dr. Maximilian Reimann, Ständerat, 5073 Gipf-Oberfrick

Rudolf Imhof, Nationalrat, 4242 Laufen

Jörg H. Krammer, Ingenieur, 8544 Rickenbach

Johann Rudolf Gunzenhauser, Ingenieur, 4450 Sissach

Eric Weber, Ing. ETS, 1400 Yverdon

Robert Desponds, Ingénieur, 1815 Clarens

Walter E. Böhlen, Grossrat, 5443 Niederrohrdorf

**Redaktion/Rédaction/Redazione**

Bruno Fäh, Sekretariat AVES Schweiz

Bahnhofplatz 9, Postfach 7674, 8023 Zürich

Telefon 01-212 40 90, Fax 01-212 65 69

www.aves.ch

**Druck/Imprimerie/Tipografia**

Victor Hotz AG, Steinhausen

Erscheint vierteljährlich

Redaktionsschluss für die Ausgabe vom  
Dezember 2000 ist der 25. November 2000

**AVES Winterthur:**

**Besuch im KKW Mühleberg**

Es ist in der AVES Winterthur zur Tradition geworden, jedes Jahr ein schweizerisches Kernkraftwerk zu besichtigen. Dieses Jahr fiel die Wahl auf die Anlage Mühleberg, idyllisch an der Aare unterhalb des Wohlensees gelegen. Dieses Werk beruht auf dem Prinzip des Siedewasserreaktors und produziert bei einer Nennleistung von 355 MW seit 1972 Strom für die BKW FMB Energie AG. Sie ist dank Nachrüstungen und professionellem Unterhalt und Betrieb in einem einwandfreien Zustand, wie die

vielen Auszeichnungsplaketten im Kontrollraum belegen.

Anhand einer Multimediashow wurde der Besuchergruppe eine auch für Laien sehr verständliche Einführung in die Funktionsweise und in die vielfältigen Sicherheitseinrichtungen des Kraftwerkes gegeben, an welche sich ein kurzer Rundgang durch die Anlage mit Blick in den Maschinenraum und in den Kontrollraum anschloss. Eine Videovorführung über den Ablauf eines Brennelementwechsels, in welchem auch die Zwischenlagerung innerhalb der Anlage aufgezeigt wurde, rundete das Ganze ab. Einmal mehr bestärkte dieser Besuch das Vertrauen in die Technik und in den

Betrieb dieser gut geführten Anlage, was sich auch in der hohen Verfügbarkeit von bis zu 89% auswirkt. Über dem Kraftwerk hängt im Moment das Damoklesschwert der Volksinitiative «Bern ohne Atom», welche im September 2000 zur Abstimmung vor das Berner Volk gelangt. Wird die Initiative angenommen, muss die Anlage, welche im Winterhalbjahr 40% des Strombedarfs der BKW-Kundschaft deckt, im Jahre 2002 stillgelegt werden. Alternativen zur Kompensation dieses Ausfalls werden in der Initiative keine genannt. Es gilt nur zu hoffen, dass die Bevölkerung des Kantons Bern weitsichtiger ist als die Initianten und ein kräftiges NEIN in die Urne legt. Ch. Henry

**AVES-Regionalgruppen**

**AVES Aargau**  
Postfach 11, 5430 Wettingen

**AVES Bern**  
Postfach 103, 3000 Bern 6

**AVES Region Basel**  
Postfach 251, 4450 Sissach

**AVES Glarus**  
Postfach 124, 8867 Niederurnen

**AVES Graubünden, Dr. Theo Portmann**  
Alexanderstrasse 1, 7000 Chur

**AVES Luzern, M. Caliaro**  
Habermattweg 24, 6010 Kriens

**AVES Nidwalden**  
Postfach 1004, 6371 Stans

**AVES Schaffhausen**  
Villenstrasse 8, 8200 Schaffhausen

**ASE Solothurn**  
Postfach 130, 4504 Solothurn

**AVES Münsterlingen TG**  
Postfach 146, 8596 Münsterlingen

**ASPER Ticino**  
Casella postale 24, 6948 Porza

**AVES Uri, M. Z'graggen**  
Hellgasse 63, 6460 Altdorf

**AVES Oberwallis**  
Postfach 281, 3930 Visp

**AVES Zug**  
Postfach 1342, 6301 Zug

**AVES Pfannenstil ZH**  
Postfach, 8713 Uerikon

**AVES Winterthur**  
Postfach 1243, 8401 Winterthur

**Forum Energie Bienne-Région FBR**  
Case postale 577, 2501 Bienne

**ADE Genève, Ph. Wiblè**  
8, rue du Temple, 1236 Cartigny

**APPER Est-Vaudois, Dr. Eric Rochat**  
1806 St-Légier

**ARBRE Moudon**  
Case postale 3, 1510 Moudon

**AVES Persönlich**

**«Stromdrehzscheibe Schweiz»**

Weil unsere Politiker die Strommarktliberalisierung nur zusammen mit einer «Öko-Steuer» verwirklichen wollen, fehlen der heimischen Elektrizitätswirtschaft klare Rahmenbedingungen. So werden Investitionen aufgeschoben und Marktchancen nicht wahrgenommen, weil die Manager eben nicht genau wissen, was auf sie zukommt. Unsere Steuererfinder vergessen, dass die Strombranche neben sehr guten Löhnen auch Steuern bezahlt, Aufträge an Industrie und Gewerbe vergibt und uns alle mit – hoffentlich bald billigerem – Strom versorgt. Die Verzögerungstaktik schadet dem ganzen Land, weil so Innovationen und Investitionen verhindert werden und die Strompreise hoch bleiben. Wir brauchen keinerlei Energiesteuern und Öko-Abgaben, vielmehr ist eine leistungsfähige, zuverlässige, wirtschaftliche und umweltschonende Energieversorgung gefragt. Der Markt hilft, diese Ziele zu erreichen. Markus Alder, Dietikon

**Mit Sirenenklängen in die Energiewende?**

Mit einem griffigen CO<sub>2</sub>-Gesetz und einer praktisch CO<sub>2</sub>-freien Stromproduktion, mit einer täglich steigenden Anzahl von CO<sub>2</sub>-frei betriebenen Wärmepumpen und mit rund 530 nach ISO 14001 (Umwelt-) zertifizierten Unternehmungen nimmt die Schweiz unter den Industrielandern auch umweltmässig weltweit eine Spitzenposition ein. Selbstverständlich lassen sich mit einer selbstauferlegten, weiteren Erhöhung der Messlatte die Ansprüche weiter in die Höhe treiben. Um glaubwürdig zu bleiben haben wir uns jedoch auf die bereits vorhandenen Instrumente zu konzentrieren und diese auszuschöpfen. Mario David, St. Gallen

**Wasserkraft stinkt zum Himmel**

Unter diesem Titel gibt die Weltwoche vom 8. Juni 2000 völlig unreflektiert Ergebnisse wieder, zu denen eine Expertengruppe der Weltbank bei Untersuchungen von Stauseen in Brasilien gekommen sind. Sie haben gefunden, dass besonders in tropischen Gewässern eingeschwemmtes organisches

Material schnell verrottet und ein Stausee die zehnfache Menge an Kohlendioxid und Methan an die Atmosphäre abgibt als ein Kohlekraftwerk mit der gleichen Energiekapazität. So weit, so gut. Abgerentete Felder, Wiesen, Rinderherden und jeder Komposthaufen tut das ja auch. Es heisst dann aber weiter: «Laut Jamie Skinner, Umweltberater der Weltbank-Experten, wird die Studie die anstehenden Klimagesprache in Bonn entscheidend beeinflussen. Dabei hätte Wasserkraft als «sauber» und «unterstützungswürdig» eingestuft werden sollen.»

Da staunt nun der Laie, und der Fachmann wundert sich. Was soll dem Leser denn da suggeriert werden? Nur noch Wind- und Solarenergie seien förderungswürdig oder Kernenergie könne ruhig durch fossile Kraftwerke ersetzt werden, weil sie umweltfreundlicher als Wasserkraftwerke seien? Die einzig sichere Erkenntnis, aus dieser Notiz ist die, dass der beteiligte Umweltberater die Umwelt überhaupt nicht verstanden hat. Johannes Schober, Mellingen